



## Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Franz Schmid, Elena Roon, Andreas Winhart, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

### **Öffentliche Förderung, politische Neutralität und der Umgang mit Extremismus beim Bayerischen Jugendring**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Bayerischen Jugendring (BJR) zu bitten, im zuständigen Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie über die Beteiligung und Mitwirkung linksextremistischer Gruppierungen beim Modular-Festival 2025 in Augsburg zu berichten. Dabei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Welche Gruppen und Organisationen waren beim sogenannten Aktivisti-Camp auf dem Modular-Festival 2025 beteiligt?
- Welche dieser Gruppen werden im Bayerischen Verfassungsschutzbericht als linksextremistisch oder verfassungsfeindlich eingestuft?
- In welcher Form erfolgte die Beteiligung dieser Gruppen (z. B. durch Infostände, Workshops, Vorträge etc.)?
- Welche Rolle spielt der BJR bei der Planung, Genehmigung und Durchführung solcher Programmpunkte?
- Welche Maßnahmen trifft der BJR, um die einseitige politische Einflussnahme auf Jugendliche – insbesondere durch extremistische Gruppen – zu verhindern?
- Wie bewertet der BJR die öffentliche Kritik an der politischen Ausrichtung des Festivals und an der möglichen Radikalisierung Jugendlicher durch einseitige linkspolitische Inhalte?
- Über welches Budget verfügt der BJR, aus dem externe Gruppen oder Organisationen finanziell gefördert werden können? Inwiefern wird dieses Budget eingesetzt und kann er beispielhaft anführen, welche Gruppen oder Organisationen derzeit von einer solchen Förderung profitieren?

### **Begründung:**

Das Modular-Festival 2025 in Augsburg geriet erneut in die öffentliche Kritik, weil im Rahmen des sogenannten Aktivisti-Camps auch Organisationen auftraten, die als eindeutig linksextrem eingestuft werden, wie bspw. das „Offene Antikapitalistische Klimatreffen Augsburg“ sowie das „Linke Zentrum Lilly Prem“. Beide gelten als Teil eines klar verortbaren linksextremen Spektrums in Bayern.

Mehrere Presseberichte, unter anderem in der Augsburger Allgemeinen, machten auf diese problematische Entwicklung aufmerksam. Kritisiert wird, dass unter dem Deckmantel von Jugend- und Klimapolitik linksextreme Inhalte vermittelt und Jugendliche einseitig politisiert werden. Dies wirft grundlegende Fragen hinsichtlich der Rolle und

Verantwortlichkeit des BJR auf, der das Festival sowohl als Mitveranstalter begleitet als auch mit öffentlichen Geldern fördert.

Ein Jugendfestival darf keinesfalls zur Plattform für kritische Akteure werden. Der BJR ist verpflichtet, sich eindeutig von extremistischen Einflüssen zu distanzieren und die politische Ausgewogenheit der Veranstaltung sicherzustellen, weshalb der Landtag im Rahmen seiner Rechtsaufsicht (Art. 32 Abs. 6 Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze) in vollem Umfang über die betreffenden Vorgänge zu informieren ist.

Die Wahrung politischer Neutralität in der Demokratiebildung ist von zentraler Bedeutung, um das Vertrauen der Teilnehmenden in die Unabhängigkeit und Objektivität der Bildungsarbeit zu erhalten. Gerät eine Institution wie der BJR in den Verdacht, mittels finanzieller Förderung gezielt bestimmte Gruppen oder Organisationen mit parteipolitischer Ausrichtung zu bevorzugen, besteht die Gefahr, dass politische Bildungsprozesse instrumentalisiert und junge Menschen in ihrer Meinungsbildung einseitig beeinflusst werden. Dies widerspricht dem demokratiepädagogischen Grundsatz, allen Jugendlichen chancengleich Zugang zu pluralistischen und offenen Diskursräumen zu ermöglichen. Politische Neutralität schützt somit nicht nur vor der gezielten Einflussnahme zugunsten einzelner politischer Strömungen, sondern ist auch Voraussetzung dafür, dass Demokratiebildung zur selbstbestimmten und kritischen Urteilsfähigkeit beiträgt. Werden diese Prinzipien verletzt, kann dies das Vertrauen in demokratische Institutionen sowie den offenen demokratischen Diskurs nachhaltig beschädigen.